

Gemeinderat - Ö - vom 08.06.2010
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 20-018/10 Zins- und Schuldenmanagement - aktuelle Informationen

Oberbürgermeister Frei: Der Sitzungsvorlage könne entnommen werden, dass die Stadt mit dem von der Verwaltung vor drei Jahren vorgeschlagenen Konzept für das Zins- und Schuldenmanagement eine beträchtliche Summe eingespart habe. Mit der Lösung in dieser Form sei ein Risiko nicht verbunden. Der Zeitung habe dieser Tage entnommen werden können, dass auch eine Nachbarkommune von dieser Möglichkeit Gebrauch mache. Dabei sei unzutreffend der Eindruck vermittelt worden, dass diese Kommune mit der Entscheidung für diese Lösung eine Vorreiterrolle spiele.

Beschluss: Die Informationen zum Zins- und Schuldenmanagement werden zur Kenntnis genommen.

3) TOP 32-021/10 Videoüberwachung

Oberbürgermeister Frei: Die Videoüberwachung von Straßen, Plätzen und besonderen Treffpunkten werde in größeren deutschen und europäischen Städten schon seit vielen Jahren praktiziert. In Donaueschingen halte er eine Videoüberwachung im Bereich der Bahnunterführung für sinnvoll und notwendig. Die Unterführung werde sehr stark frequentiert, insbesondere auch von Schülern. Diese sollten sich in der Unterführung genauso sicher fühlen wie in anderen Bereichen der Stadt. Mit einer Videoüberwachung halte er dies für erreichbar. Technisch und gestalterisch sei mit dem Umbau der Unterführung für die Sicherheit der Nutzer das Mögliche getan worden. Dies werde aber nicht ausreichen, um den Vandalismus in verschiedenster Ausprägung und Gewalttaten, wie sie sich hier auch schon ereignet haben, zu verhindern. Die Erfahrungen in größeren Städten zeigten, dass mit einer Videoüberwachung ein hohes Maß an Sicherheit erreicht werden könne. Auf keinen Fall werde die Videoüberwachung dazu missbraucht, die Privatsphäre der Benutzer der Unterführung auszuspionieren. Es gehe vielmehr darum, deren Sicherheitsgefühl zu stärken. Bei der zu treffenden Entscheidung sei dies vom Gemeinderat zu berücksichtigen.

Stadtrat Müller: Die Videoüberwachung sei ein guter Ansatz, um das Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen und auch die Sicherheit allgemein zu verbessern. Zu berücksichtigen sei aber, dass die Videoüberwachung an gesetzliche Vorgaben gebunden sei. So müsse nachgewiesen sein, dass der Bereich der Bahnunterführung ein Kriminalitätsschwerpunkt sei. Ein solcher Nachweis könne vermutlich nicht erbracht werden. Somit werde sich die vorgeschlagene Videoüberwachung aktuell nicht verwirklichen lassen. Er schlage deshalb vor, zuerst Erfahrungen mit der neuen Situation zu sammeln und in einem Jahr nach der Wiedereröffnung der Unterführung die Angelegenheit im Gemeinderat erneut zu beraten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne die CDU-Fraktion der Videoüberwachung nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Donaueschingen sei keine Stadt mit Kriminalitätsschwerpunkten. Deshalb sei hier eine Videoüberwachung derzeit auch nicht notwendig. Bei Realisierung einer Videoüberwachung in der Bahnunterführung sehe er die Gefahr, dass bald die Ausweitung auch auf andere Bereiche gewünscht werde. Hinsichtlich der geplanten Lösung könne er die Notwendigkeit für vier Kameras an jedem Treppenabgang nicht nachvollziehen. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass mit den Kameras Vandalismus und Straftaten verhindert werden können, zumal die Absicht bestehe, mit den Kameras das Geschehen in der Unterführung nicht zu überwachen, sondern nur zu dokumentieren.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Sie halten die Videoüberwachung in der Bahnunterführung für wichtig und sinnvoll. Voraussetzung sei aber, dass dabei die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Auch müsse der Nachweis erbracht werden, dass es sich hier um einen Kriminalitätsschwerpunkt handle.

Stadtrat Blaurock: Den bereits erfolgten Wortmeldungen könne entnommen werden, dass noch eine ganze Reihe notwendiger Informationen fehlen. Die Angelegenheit sei deshalb noch nicht entscheidungsreif. Auch sollte hierzu eine Empfehlung des Arbeitskreises für kommunale Kriminalprävention eingeholt werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die entscheidende Frage in dieser Angelegenheit sei die gesetzliche Machbarkeit. Die Bahnunterführung sei eindeutig kein Kriminalitätsschwerpunkt. Deshalb sei eine Videoüberwachung auch nicht umsetzbar. Als Grundlage für eine entsprechende Entscheidung des Gemeinderates müsste diesem auch belastbares Zahlenmaterial der Polizei vorgelegt werden, aus welchem hervorgehe, in welchem Maße

und in welcher Häufigkeit es in diesem Bereich zu Straftaten komme. Da es solche Unterlagen nicht gebe und die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien, könne die GUB-Fraktion den Beschlussvorschlägen der Verwaltung nicht zustimmen.

Herr Hubert Zimmermann: Vorgesehen sei, nach bestimmten Vorfällen in der Unterführung die Aufzeichnungen der Kameras der Polizei zur Auswertung zu überlassen. Die aufgezeichneten Videoaufnahmen würden 48 Stunden gespeichert und danach gelöscht werden. Der Betrieb der Videokameras werde nur geringe Kosten (überwiegend Stromkosten und Videobänder) verursachen. Er könne die Kosten jetzt aber nicht beziffern, da es noch keine Erfahrungswerte gebe.

Stadtrat Karrer: Er beantrage, den Beschlussvorschlag Nr. 1 noch mit dem Zusatz „sofern die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind“ zu ergänzen.

Beschluss: Der Videoüberwachung an den beiden Treppenabgängen Bahnhofsunterführung Nord und Süd wird nicht zugestimmt.

(14 Nein, 12 Ja, 2 Enthaltungen)

4) TOP 60-078/10 Mehrzweckhalle Wolterdingen / Glasfassade und Fenster - Vergabe

Stadtrat Müller: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Mit den Arbeiten könne erst im September, also zu Schulbeginn begonnen werden, da bis Ende August das Schwimmbad noch geöffnet sei. Dieses grenze unmittelbar an den Bereich der Halle an, an dem die Arbeiten durchzuführen seien.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 60-070/10 Fürstenberg-Gymnasium / Generalsanierung

Oberbürgermeister Frei: Wenn der Gemeinderat heute diesem Vorhaben zustimme, sei dies gewissermaßen der Startschuss für das Projekt. Nach der Gemeinderatsentscheidung seien von der Schule, der Schulverwaltung im Hauptamt und vom Stadtbauamt Überlegungen zu den Notwendigkeiten und zum Umfang der Sanierungsmaßnahmen, zu organisatorischen Abwicklung usw. anzustellen. Im Entwurf des Haushalts 2011 sollten Finanzmittel für die Planung eingestellt werden. Er halte es für wichtig und sinnvoll, auch externe Berater hinzuzuziehen. Bei der Generalsanierung seien eine ganze Reihe von Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu berücksichtigen; so zum Beispiel der in den Schulen stattgefunden oder noch stattfindende Wandel. Dieser bewirke, dass Schüler und Lehrer immer mehr Zeit in den Schulen verbringen. Auf diese Tatsache müsse auch baulich reagiert werden. Trotz der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Lage sei jetzt der richtige Zeitpunkt, um das Projekt anzugehen, da in Donaueschingen dem Bereich Schulen Piorität eingeräumt sei. Um auch in der Zukunft als Stadt erfolgreich zu sein, seien Investitionen in dieser Form notwendig.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen. Die Planungen seien sehr aufwändig und müssten auch gut durchdacht werden. Die Einbeziehung externer Berater halte er deshalb für unumgänglich.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Karrer: Die Schulen befänden sich in einem Strukturwandel. Es sei deshalb jetzt der richtige Zeitpunkt, die Generalsanierung des Fürstenberg-Gymnasiums anzugehen. Auch die anderen Schulen seien von diesem Wandel betroffen. Deshalb seien auch dort in den kommenden Jahren punktuell Verbesserungsmaßnahmen notwendig, damit auch diese Schulen den neuen Anforderungen gerecht werden könnten.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Trotz der Wirtschaftskrise dürfe der Gemeinderat das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verlieren. Die FDP/FW-Fraktion halte daher die Vorschläge der Verwaltung für richtig und werde diesen zustimmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion stehe hinter diesem Projekt. Sie werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Es bestehe die Absicht, unter Einbeziehung externer Berater einen Konzeptentwurf für die Durchführung eventuell notwendiger Maßnahmen zu fertigen und die Aufgaben zu definieren. Auf dieser Grundlage sei dann vom Gemeinderat zu entscheiden, ob die Vorschläge direkt umgesetzt werden sollen, oder ob ein Wettbewerb durchzuführen sei. Für die Neugestaltung der Aula werde sich vermutlich die Durchführung eines Wettbewerbs empfehlen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 60-079/10 Donauhallenmodernisierung / Vergabe Stahlbauarbeiten Loggia - Information

Herr Bunse: (Auf Fragen von Stadträtin Rösch und Stadtrat Käfer) Die Abdichtung sei für das komplette Dach vorgesehen gewesen. Es habe sich jetzt aber herausgestellt, dass eine punktuelle Abdichtung an den Schweißpunkten ausreichend sei. Die Stahlkonstruktion werde wie geplant verzinkt und zweifach beschichtet sein.

Beschluss: Die Information zur Vergabe der Stahlbauarbeiten für die Loggia wird zur Kenntnis genommen.

7) TOP 60-081/10 Donauhallenmodernisierung - Vergabe Bestuhlung

Herr Riedmann: (Auf Frage von Stadtrat Rolle) Wenn alle drei Seminarräume als ein Raum genutzt werden, sei eine Bestuhlung mit 100 Stühlen machbar. Deshalb sehe er auch die Notwendigkeit, für den Seminarbereich insgesamt 100 Stühle zu beschaffen.

Stadtrat Hall: Die Armlehnen der für den Seminarbereich vorgesehenen Stühle halte er für zu schmal. Es sollte deshalb die Möglichkeit der Anschaffung von Stühlen mit breiteren Armlehnen nochmals geprüft werden.

Herr Bunse: Die Stühle für den Strawinsky Saal seien mit Ausnahme der fehlenden Armlehne mit den Stühlen für die Seminarräume identisch. Dies habe den Vorteil, dass sie zusammenpassen und austauschbar seien. Im Mozart- und Bartók-Saal würden auch weiterhin die vorhandenen roten Stühle genutzt. Es sei deshalb nicht empfehlenswert, eine dritte Stuhlvariante anzuschaffen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(25 Ja, 4 Enthaltungen)

8) TOP 60-082/10 Bauantrag Haus der Mode GmbH & Co KG - Umbau der Schaufensterfront Karlstraße 17

Herr Bunse führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Bei einer Zustimmung zum Wegfall der Fußgängerarkaden sei das Bebauungskonzept für die Karlstraßennordseite aus dem Jahre 1969 nur durch ein langwieriges Bebauungsplanverfahren zu ändern. Voraussetzung für eine Änderung sei außerdem, dass alle Grundstückseigentümer und Geschäftsinhaber mit einer Änderung einverstanden seien.

Stadtrat Hall: Es sei erfreulich, dass das „Haus der Mode“ Erweiterungspläne habe. Der Gemeinderat werde diese im Rahmen seiner Möglichkeiten auch unterstützen. Keine Möglichkeit für eine solche Unterstützung sehe er jedoch hinsichtlich der Unterbrechung der Fußgängerarkaden in diesem Bereich. Der Arkadengang verleihe dem Stadtbild und der Einkaufstraße einen gewissen Charme, auf den man nicht verzichten wolle. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen den Wegfall beziehungsweise deren Unterbrechung im Bereich des Geschäfts „Haus der Mode“ und die hierfür notwendige Änderung des Bebauungsplanes aus. Die Planungshoheit des Gemeinderates könne auch nicht durch ein Anliegervotum aufgehoben werden. Deshalb könne sich die Verwaltung auch die Gespräche mit den anderen Grundstückseigentümern und Geschäftsinhabern zu diesem Thema sparen.

Herr Kaltenbach: (Geschäftsführer des Textilhauses „Haus der Mode“) Die veränderten Rahmenbedingungen in der Branche fordern eine Ausweitung des Sortiments und somit eine Erweiterung der Angebotsfläche. Um konkurrenzfähig bleiben zu können sei es notwendig, die Verkaufsfläche von 800 m² auf 1500 m² zu vergrößern. Wichtig sei auch, dass das Geschäft von der Straße aus gut sichtbar sei. Dies sei nur dann gewährleistet, wenn das „Haus der Mode“ aus dem Schatten der Fußgängerarkaden trete. Bei einer solchen Lösung werde auch die Fassade erneuert. Auch diese Maßnahme werde für mehr Attraktivität sorgen.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Einer Beschlussfassung zu diesem Bauantrag müsste eine Grundsatzdebatte zu einem neuen Gesamtkonzept für die Karlstraße vorangehen. Auch aus Sicht der FDP-Fraktion seien die Arkaden zu erhalten. Die Fraktion werde dem Bauantrag deshalb nicht zustimmen.

Stadtrat Karrer: Die Investitionsabsichten des „Haus der Mode“ seien für die Stadt erfreulich und deshalb zu begrüßen. Der Bauantrag sei aber auch aus Sicht der Stadtgestaltung zu betrachten. Unter diesem Aspekt müsse man zum Ergebnis kommen, dass die Arkaden ein sehr wichtiges Element der Karlstraße als Hauptgeschäftsstraße seien und deshalb nicht aufgegeben werden dürften.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Erweiterungspläne seien sehr positiv zu sehen und würden deshalb auch Unterstützung im Gemeinderat finden. Dies gelte allerdings nicht für den Wegfall der Arkaden. Die Familie Kaltenbach müsse deshalb nach Alternativen suchen, um auch ohne die Arkaden-Fläche die Entwicklung des Modehauses realisieren zu können.

Stadtrat Blaurock: Der Gemeinderat werde die Familie Kaltenbach gerne unterstützen, wenn es um die Erweiterung des Geschäfts im inneren Bereich und um die Fassade gehe. Die Arkaden seien aber unantastbar und dürften nicht aufgegeben werden.

Beschluss: 1. Dem Wegfall der Fußgängerarkaden wird nicht zugestimmt.

(28 Nein, 1 Ja)

9) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.